



**70 Jahre**  
**GEW**

**Saarland**

# 70 Jahre GEW Saarland

Vor 70 Jahren fing es an –  
Erinnerungen und Betrachtungen zur  
Gründungsgeschichte der GEW im Saarland.



### Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo.-Do.: 09.00 – 12.00 Uhr | 13.00 – 16.00 Uhr  
 Fr.: 09.00 – 12.00 Uhr | 13.00 – 15.00 Uhr  
 Telefon: 0681/66830-0 | Telefax: 0681/ 6830-17  
 E-Mail: [info@gew-saarland.de](mailto:info@gew-saarland.de)  
 Internet: [www.gew-saarland.de](http://www.gew-saarland.de)

### GEW-Service

Beratungszeiten für  
 Mitglieder in Rechtsfragen

Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller

Mo., Di. u. Do.: 08.30 – 16.30 Uhr | Mi.: 13.00 – 17.00 Uhr  
 Tel.: 0681/66830-13  
 Fr.: 13.00 – 16.00 Uhr  
 Tel. (priv.): 0170/4151006  
 E-Mail: [g.melles-mueller@gew-saarland.de](mailto:g.melles-mueller@gew-saarland.de)

### Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und  
 Wissenschaft (GEW) im DGB | Landesverband Saarland

Geschäftsstelle: Mainzer Str. 84 | 66121 Saarbrücken  
 Tel.: 0681/66830-0 | Fax: 0681/66830-17  
 E-Mail: [info@gew-saarland.de](mailto:info@gew-saarland.de) | [www.gew-saarland.de](http://www.gew-saarland.de)

Bildnachweis  
 u.a. fotolia.de, 123rf.com

Titelfoto  
 123rf.com/©dglimages

Layout  
 Bärbel Detzen | [b.detzen@gew-saarland.de](mailto:b.detzen@gew-saarland.de),  
 Andreas Sánchez Haselberger | [a.sanchez@gew-saarland.de](mailto:a.sanchez@gew-saarland.de)

Liebe Kolleginnen,  
 liebe Kollegen,

in diesem Jahr 2022 wird mir die Ehre zu Teil, als erste gewählte Vorsitzende das Vorwort zum 70-jährigen Gründungsjubiläum der GEW zu schreiben. Geburtsjahr der GEW Saarland ist für uns das Jahr 1952, als der damalige Verband Saarländischer Lehrer, die Vororganisation der GEW, am 15. März am Saarbrücker Johannishof seine erste Generalversammlung veranstaltete und eine Resolution an die Regierung des Saarlandes verabschiedete.

Das 50-jährige Jubiläum feierten wir am 8. November 2002 im VHS-Zentrum in Saarbrücken. Seitdem sind 20 Jahre vergangen. Willi Schirra beschreibt die Entstehungsgeschichte der GEW Saarland ausführlich und ich danke ihm für seine Recherche, gemeinsam mit Wolfgang Kiefer, ebenso den Seniorinnen und Senioren.

Beim Rückblick auf die Vergangenheit zitiere ich einen Satz der Resolution: „Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Lehrerschaft oftmals von Entwicklungen und Entscheidungen in schulischen Angelegenheiten überrascht wurde, die ohne ihre aus der Praxis und Erfahrung bereicherte Mitarbeit zustande kamen, den wahren Erfordernissen nicht Rechnung trugen und damit in der Lehrerschaft Widerspruch und Unwillen heraufbeschworen.“ Genau das passierte auch in den letzten 20 Jahren. Ich denke an die Grundschulschließungswelle, an die G8 Reformen, an die Stundenerhöhung, an die Ignoranz gegenüber den Arbeitsbelastungen im Bildungsbereich, an die Coronawellen. Ein Beispiel lieferte Minister Schreier, der der GEW vorwarf „GEW blockiert Leistung“ (SZ, 14./15. August 2002) ohne, dass er sich konkret mit unseren Argumenten auseinandersetzte. Damit traf er viele Kolleginnen und Kollegen aus allen Bildungsbereichen.

Sind es nicht gerade die GEW-Kolleginnen und -Kollegen, die sich schon in der Vergangenheit und bis heute, unabhängig von der Regierungsfarbe, trotz pausenlos verschlechterter Rahmenbedingungen, über das Soll hinaus bildungspolitisch für die Schülerinnen und Schüler, für die frühkindliche Bildung und für die Lehrkräfte, die Lehrwerkmeister:innen, die Erzieher:innen, die Sozialpädagog:innen, die Hochschulvertreter:innen engagiert haben.

Die GEW Saarland hat sich über 70 Jahre zu einer Gewerkschaft entwickelt, die sich einsetzt für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und

des Gesundheitsschutzes, die für Multiprofessionalität eintritt, die für bessere Rahmenbedingungen, bessere Bezahlung und für Inklusion kämpft. Die GEW ist eine Gewerkschaft, die gemeinsam mit Bündnispartnern aktuelle bildungspolitische Forderungen durchzusetzen will. Die GEW ist eine Gewerkschaft, die nicht nur Forderungen formuliert, sondern auch kreative und kompetente Lösungswege aufzeigt. Ich denke da an die Bildungsfinanzierung und meine Forderung nach einem Bildungspakt wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Die GEW ist eine Gewerkschaft, die das Ehrenamt fördert, denn nur mit dem Ehrenamt sind wir eine starke Gewerkschaft. Ich danke allen ehrenamtlich Tätigen in der GEW, ich danke aber auch den Hauptamtlichen in der Geschäftsstelle, die bei steigender Mitgliederzahl und den vielen Aktionen, die mit ehrenamtlichem Engagement durchgeführt werden, gefordert sind.

Ich danke auch den Bundesvorsitzenden der GEW, Marlis Tepe und Maïke Finnen, und allen Landesvorsitzenden der GEW der 16 Bundesländer in der Coronazeit für die enge Zusammenarbeit.

Auch die Kooperation mit den Gewerkschaften im DGB ist für uns, ich denke an Streiks in Kooperation mit ver.di oder Verhandlungen für die Versorgungsempfänger mit ver.di und GdP, oder an die Transformation im Saarland gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften im DGB, sehr wichtig.

Für die Zukunft wünsche ich der GEW ein weiter so! Steigende Mitgliederzahlen, Teamgeist, ehrenamtliches Engagement für wichtige bildungspolitische Themen und bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. ■

Herzlichen Glückwunsch GEW!

**Birgit Jenni,**  
Landesvorsitzende



### **Vor 70 Jahren fing es an - Erinnerungen und Betrachtungen zur Gründungsgeschichte der GEW im Saarland.**

„Als vor mehr denn 20 Jahren einige Kolleginnen und Kollegen im Saarland ans Werk gingen, um auch dort einen Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu gründen, mußten sie dies in einer Atmosphäre der Unduldsamkeit und Feindseligkeit tun. Konfessionelle Engstirnigkeit, Ständedenken des 19. Jahrhunderts und eine tiefverwurzelte konservative Gesellschaftsauffassung standen wie unüberwindliche Hindernisse vor den Gründern der GEW. ...

20 Jahre Kampf als befehdete Minderheit für die Aufhebung der Benachteiligung der Volksschüler, für die gemeinsame Erziehung der Kinder beider christlicher Konfessionen und anderer Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, für eine akademische Lehrerbildung der Volksschullehrer, die denen der Philologen gleichrangig und gleichwertig ist. Sozialstruktur, die historisch geprägte Mentalität der Bevölkerung und die politischen Bedingungen im Saarland haben diesen Kampf schwieriger gemacht als in anderen Bundesländern. Dennoch ist er gewonnen worden. Die konfessionellen Fesseln, die der Schulentwicklung und der Lehrerbildung angelegt waren, sind abgeschüttelt worden, obwohl die GEW im Saarland nur eine Minderheit darstellt. Der Kampf wurde gewonnen, weil es sich um eine geschlossene, entschlossene und aktive Minderheit handelte, weil sie die Ideen der Zukunft und nicht die Schatten der Vergangenheit beschwor.“

Mit diesen Worten beschrieb Erich Frister, ehemals Bundesvorsitzender der GEW, im Jahre 1972 zur 20 Jahr Feier der Saarländischen Schulzeitung, die Rahmenbedingungen unter denen die

Gründung und Entwicklung der GEW bis dahin im Saarland stattfand.

Die Geschichte der GEW im Saarland nach dem 2. Weltkrieg beginnt allerdings nicht mit der Gründung eines GEW-Landesverbandes sondern mit der Vorläuferorganisation, dem Verband Saarländischer Lehrer, der erst 1956, nach der Aufnahme des Verbandes in die GEW zu einem Landesverband der GEW wurde.

Um die Gründungsjahre des Verbandes Saarländischer Lehrer und die politischen, sozialen und vor allem bildungspolitischen Rahmenbedingungen, unter denen die Gründung und die Arbeit des Verbandes bis zum Beitritt zur GEW stattfand, nachvollziehen zu können, ist ein Blick auf die wesentlichen Faktoren die in der Gründungsphase eine Rolle spielten, notwendig.

Die französische Militärverwaltung etablierte im September 1945 auf Antrag der Kirchen im Saarland die Volksschule als Bekenntnisschule – nur dort wo es aus räumlichen und personellen Gründen nicht möglich war, gab es gemeinsamen Unterricht, allerdings mit Ausnahme des Religionsunterrichts, der nach Konfession getrennt durchgeführt wurde.

Die Ausbildung von Lehrkräften für die Volksschulen erfolgte an öffentlichen, konfessionell nicht getrennten Lehrerbildungsstätten, simultan und koedukativ. Die anderen Schulen waren von der konfessionellen Trennung nicht betroffen. Ab dem Schuljahr 1946/47 wurde französischer Sprachunterricht verbindlich als Hauptfach ab dem 2. Schuljahr eingeführt. Damit war eine erste Weichenstellung für die Gestaltung der Schullandschaft im Saarland getroffen.



Zum 1. Oktober 1945 wurde der Unterrichtsbetrieb an Volksschulen, Handelsschulen, höheren Schulen und an 2 Mittelschulen wieder aufgenommen. Allerdings war dies nur sehr eingeschränkt möglich. Viele Gebäude waren beschädigt oder vom Militär für andere Zwecke beschlagnahmt worden, so dass der Schulbetrieb nur allmählich in Gang kam. Hinzu kamen Versorgungsmängel mit für den Unterricht notwendigen Materialien, technische Probleme wie z. beim Heizen der Räume, Mangel an Heizmaterial und weitere Einschränkungen.

Vor allem an den Volksschulen gab es einen gravierenden Mangel an Lehrkräften. Die durchschnittliche Klassenfrequenz lag bei 60 Schülern, es wurden Höchstwerte bis zu 70 Schülern erreicht. Ein Grund für diesen Mangel war die Entnazifizierung, „Epuraton“, genannt.

### Die Entnazifizierung „Epuraton“ genannt

Die Entnazifizierung der saarländischen Lehrkräfte wurde in einer ersten Phase nach den Richtlinien einer Rechtsverordnung der Militärregierung vom 5. Oktober 1945 durchgeführt: Alle Lehrkräfte, die Mitglied der NSDAP waren oder Amtsträger einer nationalsozialistischen Organisation wie z. B. dem NS-Lehrerbund waren, mussten aus dem Dienst scheiden. Danach konnten die Entlassenen einen Antrag auf Wiedereinstellung stellen, dem in der Regel auch stattgegeben wurde. Die letztendliche Entscheidung über die Wiedereinstellung wurde in speziellen Untersuchungskommissionen für das Unterrichtswesen getroffen, die auf Kreisebene gebildet wurden und aus unbelasteten saarländischen Lehrkräften bestanden. Darüber gab es nach Schulformen gegliederte Landesausschüsse, die eine Zwischeninstanz

zum obersten Säuberungsausschuss bildeten. Der oberste Säuberungsausschuss wurde erst im Mai 1946 installiert und wurde von einem Vertreter der Militärregierung geleitet.

Die Richtlinien, nach denen die Ausschüsse ihre Entscheidungen zu treffen hatten, wurden von der Militärregierung vertraulich festgelegt. Lediglich Lehrkräfte, die schon vor 1933 aktive Mitglieder der NSDAP bzw. Amtsträger in Organisationen wie SS und SA waren, wurden entlassen. Das Ausüben von Funktionen im NS-Lehrerbund führte nicht zur Entlassung. Insgesamt waren ca 97 % der Lehrkräfte in Deutschland dort organisiert – genaue Zahlen für das Saarland liegen mir nicht vor, man kann allerdings davon ausgehen, dass der Organisationsgrad gleich hoch war. Lehrkräfte, die in Lothringen oder im Elsaß tätig waren, wurden in einem Sonderverfahren überprüft. Bei ihnen war stets ein Gutachten des Inspecteur d' Academie von Metz bzw. Straßburg erforderlich.

Der zentrale Säuberungsausschuss teilt in einem Bericht für 1946 mit, dass bis Dezember 1946 insgesamt 2582 Lehrkräfte an Volksschulen überprüft worden waren; Angaben zur den Zahlen der anderen Schulformen liegen nicht vor. Für die Landkreise Ottweiler, St. Ingbert und Homburg gibt es Angaben zu den getroffenen Maßnahmen: Ca. 8 % der Volksschullehrer wurden entlassen, ca. 6 % mit erheblichen Pensionskürzungen in den Ruhestand versetzt. Hinzu kamen Beförderungssperren, Gehaltskürzungen, Ausschlüsse von leitenden Positionen und das Verhängen von Bewährungsfristen. Insgesamt waren von den Maßnahmen etwa 33 % der Volksschullehrkräfte, ca 40 % der Lehrkräfte an Gymnasien und 52 Gewerbeschullehrer betroffen.

Die Ergebnisse der Entnazifizierung wurden im amtlichen Schulblatt des Saarlandes veröffentlicht – mit Nennung der Namen. Diese Vorgehensweise führte nicht nur zu Resignation und Bestürzung unter den Lehrkräften, die Folge waren auch Personalengpässe an den Schulen und eine Protestwelle, die besonders von den Kirchen – die der Kollaboration mit den Nazis nicht verdächtigt wurden – unterstützt wurde. In einer neuen Rechtsverordnung der Militärregierung vom 15. April 1947 wurde der Kurs korrigiert.

Danach gab es Sühnemaßnahmen nur noch bei Mißbrauch der beruflichen Position oder wenn Lehrkräfte aufgrund einer NSDAP-Mitgliedschaft Stellungen innehatten, die nicht ihrer beruflichen Qualifikation entsprachen. Auch wurde die Beweislast, die vorher bei dem Beschuldigten lag, von dem Beklagten auf den Ankläger übertragen, wie es den deutschen Rechtsverständnis entsprach. Belangt wurden danach nur noch sogenannte Hauptschuldige und Belastete, Minderbelastete und Mitläufer wurden nicht mehr belangt.

Die Proteste und die zugespitzte Personalsituation an den Schulen führte dazu, das im amtlichen Schulblatt des Saarlandes von September/Oktober 1947 eine Überprüfung der Epurationsbescheide angekündigt wurde. 1951 mit dem Gesetz über den Abschluss der politischen Säuberungsmaßnahmen durch den Landtag des Saarlandes ein vorläufiger Schlussstrich unter die Entnazifizierung gezogen wurde. Neben der Entnazifizierung gab es auch Kurse zur „Umerziehung der Lehrerschaft“, die allerdings nur das gymnasiale Lehrpersonal betrafen. Die Epuration bzw, die Art der Durchführung und die Erfahrungen aus der NS-Zeit hatte natürlich auch Konsequenzen in Hinblick auf die Bereitschaft von Lehrkräften, sich nach dem Krieg in Vereinigungen zu organisieren.

Emil Wagner, erster Schriftführer des Verbandes Saarländischer Lehrer und langjähriger Schriftleiter des Mitteilungsblattes des Verbandes und der „Saarländischen Schulzeitung“, weist in seinem Bericht „Vom Saarländischen Lehrerverband zur GEW“ darauf hin, dass bei vielen Lehrkräften nach dem Krieg die Parole „Ohne mich“ weit verbreitet war. Laut Emil Wagner wurde diese Haltung „her-vorgerufen durch die „Epuraton“ (Reinigung) oder auch Entnazifizierung genannt, die den Lehrerstand besonders hart traf, weil gerade der Lehrer im besonderen Maße gedrängt wurde, während der Nazizeit ein oder mehrere Ämter in der NSDAP oder in ihren Gliederungen zu übernehmen, ohne sich mit der Weltanschauung dieser Partei zu identifizieren. Dafür wurden sie von den Besatzungsbehörden hart bestraft, indem man sie zum Teil auf Jahre hinaus nicht mehr in den Beruf ließ (sie fanden vielfach als Bergmann eine Möglichkeit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten) oder man degradierte sie oder kürzte ihnen das Gehalt. Deshalb das „Ohne mich“!“

Weitere wichtige Faktoren, für das Verständnis der Gründungsphase sind:

- Die kurze Phase der Einheitsgewerkschaft im Saarland,
- Die Verfassung des Saarlandes von 1947,
- Die Gründung des Verbandes katholischer Erzieher.

### Die kurze Phase der Einheitsgewerkschaft im Saarland

Am 10. September 1945 erließ der Französische General Koenig im Saarland eine „Verordnung zur Wiederherstellung des Gewerkschaftsrechts im

französischen Besatzungsgebiet. Schon vorher hatte es Bestrebungen gegeben, gewerkschaftliche Strukturen aufzubauen. Organisationspolitisch wurde die Gründung einer Einheitsgewerkschaft angestrebt; viele Gewerkschafter sahen in der Zersplitterung der Gewerkschaften in der Nazi-Diktatur einen Grund dafür, dass es aus dem Gewerkschaftsmilieu keine nennenswerte Opposition gegen die NS-Diktatur gegeben hatte.

Am 23. Oktober 1945 wurde ein „Antrag auf Genehmigung der Einheitsgewerkschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten für das Saarland“ gestellt. Einige Tage später fand die konstituierende Versammlung in Saarbrücken statt. Die rasche zeitliche Abfolge spricht dafür, dass es schon vorher Kontakte zur Militärregierung gab, um einen reibungslosen Ablauf der Gründung zu garantieren. Danach wurden Einzelgewerkschaften unter dem Dach der Einheitsgewerkschaft gegründet, beginnend mit dem Industrieverband Bergbau am 18. November 1945. Die Gründung des Industrieverbandes Öffentliche Betriebe und Verwaltungen erfolgte ein Jahr später, am 3. November 1946.

Neben den klassischen Verwaltungsbereichen waren dort die Beschäftigten aus den Bereichen Forstwirtschaft, Gesundheitswesen, Sozialversicherungen und Technik organisiert. Lehrkräfte waren – soweit bekannt – in diesem Industrieverband nicht organisiert und es gab auch keine Bestrebungen seitens der Lehrkräfte, sich in der Einheitsgewerkschaft zu organisieren.

Ein Grund dafür dürfte die unter Lehrkräften unmittelbar nach dem Krieg weit verbreitete „ohne mich“- Haltung gewesen sein; aufgrund der Erfahrungen mit der NS-Zeit und der Entnazifizie-

rung war die Neigung sich Verbänden bzw. Gewerkschaften anzuschließen bei den Lehrkräften nicht sehr ausgeprägt. Zudem gab es nach Wiederaufnahme des Schulbetriebs am 1. Oktober 1945 schon sehr bald Bestrebungen, Lehrkräfte in einem katholischen Verband zu organisieren und für Beamte des öffentlichen Dienstes einen eigenen Dachverband, den Beamtenbund, zu gründen.

Eine Rolle dürfte auch gespielt haben, dass die Einheitsgewerkschaft und der Industrieverband für den öffentlichen Dienst in der Gründungsphase sehr stark mit dem Aufbau ihrer Organisation und der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung und der Mangelverwaltung – auch an den Schulen – beschäftigt waren; eine Ausweitung des Organisationsbereichs auf die Lehrkräfte an Schulen stand nicht auf der Tagesordnung. In der Lehrerschaft gab es auch keine Tradition sich mit den Beschäftigten in Industrie, Handel, Dienstleistung und Verwaltung gemeinsam zu organisieren, an die man hätte anknüpfen können.

In der Weimarer Republik waren viele katholische Lehrkräfte im Verein katholischer deutscher Lehrerinnen organisiert; andere, die sich ohne konfessionelle Orientierung organisieren wollten, waren im Deutschen Lehrerverein organisiert, ohne dass diese Verbände einem gewerkschaftlichen Dachverband wie z. B. dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen waren.

2 Jahre nach Gründung der Einheitsgewerkschaft kam es am 24. August 1947 zur Gründung einer christlichen Gewerkschaft, nach mündlicher Genehmigung durch den französischen Gouverneur Grandval. Gefördert wurde diese Gründung durch den Vorsitzenden der CVP (Christliche

Volkspartei), Johannes Hoffmann, den späteren Ministerpräsidenten des Saarlandes. Dieser – nicht die Leitung der Christlichen Gewerkschaft – erhielt nach der Gründung die schriftliche Genehmigung zur Gründung der Gewerkschaft.

Die Christliche Gewerkschaft der Beamten, Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe Körperschaften und Verwaltungen wurde am 14. Dezember 1947 gegründet. Leitbild der christlichen Gewerkschaften war das christliche Menschenbild, vor allem eine Gesellschaftsordnung nach christlichen Maßstäben. Obwohl die Mitgliederzahlen der christlichen Gewerkschaften weit hinter denen der Einheitsgewerkschaft zurückblieben, stellte die politische gewollte und geförderte Abspaltung eine Schwächung der Gewerkschaftsbewegung dar. Dazu trug auch der Vorwurf der christlichen Gewerkschaft bei, die Einheitsgewerkschaft würde von kommunistischen und sozialdemokratischen Kräften dominiert. Dagegen wehrte sich die Einheitsgewerkschaft vehement unter Hinweis auf ihre demokratischen und rechtsstaatlichen Grundpositionen und verwies auf die christlichen Gewerkschafter, die ihren Platz in der Einheitsgewerkschaft gefunden hatten.

Was Lehrkräfte angeht, trifft auf die Christliche Gewerkschaft das zu, was auch für die Einheitsgewerkschaft galt: sie waren in der Organisation nicht vertreten und es gibt auch keine Informationen darüber, dass versucht wurde, Lehrkräfte als Mitglieder zu gewinnen. Im Mitteilungsblatt des Verbandes Saarländischer Lehrer, das ab 1952 die Mitglieder über die Arbeit des Verbandes, schulpolitische und pädagogische Themen informierte, findet sich kein Hinweis darauf, dass nach der Gründung 1952 über einen Beitritt zur Einheitsgewerkschaft oder eine

Zusammenarbeit diskutiert wurde. Die Frage der einheitlichen Organisation wurde nur in Hinblick auf die Lehrkräfte im Schuldienst und bezüglich der Arbeit in der Dachorganisation, dem Beamtenbund thematisiert.

Nach der Gründung des DGB-Saar am 18. Oktober 1955 – noch vor der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik –, wurde in einem Treffen des DGB-Bundesvorstandes, des DGB-Saar und Vertretern der Einheitsgewerkschaft am 20. November 1955 der Übergang der Industrieverbände der Einheitsgewerkschaft in den DGB-Saar geregelt und bis Ende 1956 vollzogen. Damit war die Aera der Einheitsgewerkschaft im Saarland beendet.

### Die Verfassung des Saarlandes von 1947

Der französische Militärgouverneur Grandval veranlasste im Februar 1947 die Bildung einer Verfassungskommission, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Eigenstaatlichkeit des Saarlandes. Die Hälfte der Mitglieder der Verfassungskommission gehörte der CVP (Christliche Volkspartei) an; zum Präsidenten der Kommission wurde Johannes Hoffmann ernannt, der spätere Ministerpräsident des Saarlandes. Die Zusammensetzung der Kommission orientierte sich am Ergebnis der Kommunalwahlen vom 15. September 1946, bei denen die CPV mehr als 50 % der Stimmen erreicht hatte. Zentrale Punkte – nach Vorgaben der Militärverwaltung – waren der Anschluss des Saarlandes an das französische Wirtschaftssystem, die Wahrnehmung der Verteidigung und der Außenvertretung durch Frankreich, die Einbeziehung in den französischen Zollraum und die Angleichung an die Preis- und Gehaltsverhältnisse in Frankreich. Die Verfassung wurde am 15. Dezember 1947 durch die am 5. Oktober 1947 gewählte verfassungsgebende

Versammlung verabschiedet und dann von der Militärverwaltung genehmigt.

Bei den Wahlen hatte die CVP eine absolute Mehrheit von 51,2% der Stimmen erreicht und konnte damit auch ihre schulpolitischen Vorstellungen – die mit denen der katholischen Kirche übereinstimmten – in der Verfassung verankern. In Artikel 27 wurde festgelegt: „Die öffentlichen Schulen sind Bekenntnisschulen. In diesen werden die Schüler von Lehrern des gleichen Bekenntnisses unterrichtet und erzogen. Erziehung und Unterricht werden von den religiösen und sittlichen Grundsätzen des betreffenden Bekenntnisses bestimmt.“ „Die Mittelschulen, Berufsschulen und höhere Schulen sind christliche Gemeinschaftsschulen.“ In Artikel 29 wurde der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach festgelegt.

Von zentraler Bedeutung für die Entstehungsgeschichte des Verbandes Saarländischer Lehrer und auch die Entwicklung der GEW im Saarland nach dem Beitritt ist Artikel 31 der Verfassung: „Die Ausbildung der Volksschullehrer erfolgt in konfessionellen Lehrerbildungsanstalten.“ Während die Militärverwaltung nach dem Krieg die Lehrerbildung für Volksschulen zunächst an öffentlichen, konfessionell ungebundenen, koedukativen Lehrerbildungsanstalten vorgesehen hatte, wurde nun die Volksschullehrerbildung nach Konfession getrennt durchgeführt. Die katholische Lehrerbildung wurde zudem nach Männern und Frauen getrennt durchgeführt. Diese Vorgehensweise wurde von der katholischen Kirche und der katholischen Erzieherchaft unterstützt; Proteste seitens der evangelischen Kirche gab es nicht, sie war zwar keine Verfechterin der Bekenntnisschulen, war aber mit dieser Regelung einverstanden. Der Bevollmächtigte der evangelischen Kirche für das

Saarland sprach sich sogar für Bekenntnisschulen aus – entgegen der Mehrheitsmeinung seiner Kirche, die für ein modernes Schulwesen im Geiste von Liberalität und Rationalität eintrat.

Diese schulpolitischen Weichenstellungen blieben auch nach dem Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik Deutschland erhalten. Erst am 23. Februar 1965 verabschiedete der Landtag des Saarlandes ein Gesetz, nach dem im Saarland in allen Bildungsbereichen christliche Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden konnten; die tatsächliche Ablösung der Bekenntnisschule durch die Grund- und Hauptschule als christliche Gemeinschaftsschule erfolgte 1970. Das Ende der konfessionellen Lehrerbildung kam erst am 9. Juli 1969 – der Landtag beschloss, den Artikel 31 der Verfassung ersatzlos zu streichen.

### Der Verband katholischer Erzieher

Die Konfessionelle Ausrichtung der Volksschulen und der Lehrerbildung an Volksschulen in der saarländischen Verfassung, die in Zusammenarbeit von CVP und katholischer Kirche durchgesetzt wurde, ist auch von der katholischen Erzieherchaft des Saarlandes unterstützt worden. Der Katholizismus war in der saarländischen Bevölkerung tief verankert und hatte eine politische Führungsrolle im Saarland der Nachkriegszeit und darüber hinaus auch in den Jahren nach dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland.

Der Zusammenschluss der katholischen Lehrkräfte wurde schon seit 1946 in die Wege geleitet. Zur Gründung des Verbandes kam es dann am 8. Juni 1947. Vorher gab es aus der Lehrerschaft Anregungen, eine einheitliche Organisation für alle Lehrkräfte ohne konfessionelle Ausrichtung zu gründen; diesen Plänen standen jedoch die katholische Mehrheit der Lehrerschaft und auch die

katholische Kirche und die CVP ablehnend gegenüber. Ihr Ziel war eine echte Konfessionsschule – die katholische Lehrerschaft sah sich in der Tradition des Verbandes katholischer Lehrerinnen, der in der Zeit der Weimarer Republik zu den engagiertesten Verfechtern eines nach Konfession getrennten Schulsystems gehörte.

Die 1. Generalversammlung des Verbandes katholischer Erzieher fand am 04.09.1948 in Saarbrücken statt. Da die Mehrheit der Lehrkräfte an den Volksschulen katholisch war, gelang es dem Verband – mit Unterstützung durch den Kultusminister Strauß – bis zum Jahr 1951 einen Organisationsgrad von 60 % (1.500 Mitglieder bei 2.518 katholischen Lehrkräften) zu erreichen. Emil Wagner formuliert seinem Bericht dazu: „Strauß warb landauf, landab für die Gründung eines stark katholischen Lehrervereins. Deshalb traute sich kein katholischer Lehrer bei uns Mitglied zu werden, weil er mit Repressalien rechnen musste.“

Die Unterstützung der Verbandsgründung durch den Kultusminister Strauß und die katholische Kirche war natürlich verbunden mit der Absicht, so Einfluss auf die katholischen Lehrkräfte zu gewinnen. Eine Allianz von katholischer Kirche, CVP und der organisierten katholischen Lehrkräfte garantierte eine kirchenfreundliche Politik bezüglich der Organisation und Ausgestaltung des Schulwesens.

Im Verband katholischer Erzieher waren nicht nur Lehrkräfte an Volksschulen, sondern auch aus anderen Schulformen organisiert, insbesondere katholische Lehrkräfte aus den gymnasialen Schulen; die Basis bildeten allerdings die katholischen Lehrkräfte an den Volksschulen.

Der 1949 gegründete Philologenverband im Saarland spielte damals nur eine marginale Rolle; etwas stärker war der saarländische Gewerbeleh-

rerverband, der ca 450 Lehrkräfte an Beruflichen Schulen organisierte.

### Der Verband Saarländischer Lehrer

Nachdem der Versuch, eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation für alle Lehrkräfte zu bilden, nicht realisiert werden konnte, fand im Oktober 1948 eine erste Versammlung von Lehrkräften aller Schulformen in Saarbrücken statt, mit dem Ziel, einen Verband zu gründen, unabhängig von konfessionellen Bindungen und offen für alle Schulformen. Damit wollten die Initiatoren an die Traditionen des Deutschen Lehrervereins anknüpfen, der 1933 von den Nazis übernommen und danach aufgelöst worden war. Zur Gründung kam es dann im Frühjahr 1949, nachdem der damalige Kultusminister Strauß die Gründung erlaubt hatte. Diese Erlaubnis wurde erst erteilt, nachdem der Verband katholischer Erzieher seine Organisationsstrukturen auf – und ausgebaut hatte. Zum 1. Vorsitzenden wurde Jakob Fries gewählt, ein Handelsschullehrer. Die Zahl der Mitglieder war zu Beginn sehr gering; nach vorliegenden Berichten wurde Ende 1952 die Zahl 350 erreicht. Die Bedingungen, unter denen diese erste Versammlung stattfand, schildert Emil Wagner in einem Beitrag für das Erinnerungsbuch der saarländischen GEW „Sellemols“: „Als für das Saargebiet aufgrund vorangegangener Wahlen eine handlungsfähige Regierung unter Johannes Hoffmann sich bilden konnte, begann man auch Standesverbände zu gründen. Obwohl viele Lehrer aus der Erfahrung des letzten Jahrzehnts die Bindung an einen Verband mit dem Wort „ohne mich“ ablehnten, meinten wir jetzt mündig zu sein und das Recht zu haben, den Zusammenschluss der Lehrer aller Schularten anzustreben. Tatsächlich saßen bei der Gründungsversammlung Philologen, Berufsschullehrer, Mittel- und Volksschul-



lehrer einmütig in der Aula der Oberrealschule am Landwehrplatz zusammen, um den Verband Saarländischer Lehrer zu gründen. Aber sie gehörten fast ausschließlich nur einer Konfession an. Die katholischen Lehrer waren der Einladung nicht gefolgt. Und warum nicht? Herr Straus zog durchs Land und warb und drängte seine Glaubenskollegen (oder auch „Untertanen“), dem Verband katholischer Erzieher beizutreten. So standen diese unter Druck“

Der Verband Saarländischer Lehrer (VSL) organisierte daher überwiegend evangelische Lehrkräfte an Volksschulen – in geringer Zahl waren auch andere Schulformen vertreten. Im Jahr 1951 waren im Saarland an Volksschulen 643 evangelische Lehrkräfte beschäftigt – eine Minderheit gegenüber den katholischen Lehrkräften. Für die Ausbildung der evangelischen Lehrkräfte wurde 1948 das Lehrerseminar in Ottweiler (koedukativ, ca. 186 – 211 Seminaristinnen und Seminaristen) neu eröffnet; katholische Lehrer wurden in Lebach (ca. 300 – 400 Seminaristen), katholische Lehrerinnen in Blieskastel (ca. 180 – 200 Seminaristinnen) ausgebildet. Diese Zahlen verdeutlichen, dass ein Verband, der alle Lehrkräfte organisieren wollte, aufgrund der politisch gewollten Benachteiligung in seiner Gründungsphase fast ausschließlich evangelische Lehrkräfte organisierte, von Beginn an mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte was die Entwicklung der Mitgliederzahlen betraf.

Über die Arbeit des Verbandes in den Jahren 1949 – 1951 liegen leider nur wenige Informationen vor. Originaldokumente waren nicht auffindbar. Emil Wagner berichtet, dass durch „Querelen einiger Kollegen, insbesondere eines Schulrates“ die Gymnasiallehrer verärgert wurden, austraten und einen eigenen Verband für Philologen gründeten.

ten. Im Mitteilungsblatt Nr. 1 des Verbandes von 1952 wird berichtet, dass sich die Lehrerverbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben und dass nach dem Abschied von Straus als Kultusminister im November 1951 zu einer ersten Aussprache mit dem Kultusministerium kam, die dann regelmäßig alle 2 Monate stattfanden.

Am 15. März 1952 fand in Saarbrücken im Johannishof die 1. Generalversammlung des „Verbandes „Saarländischer Lehrer“ statt. Zum 1. Vorsitzenden wurde der Volksschulleiter Otto Früh gewählt. Zu diesem Zeitpunkt gehörten dem Verband 320 Mitglieder an, man kann davon ausgehen, dass es fast ausschließlich Lehrkräfte evangelischer Konfession waren.



Otto Früh

Otto Früh war vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten von 1920 – 1932 Mitglied der SPD im Saarland und gehörte von 1931 – 1932 dem Landesvorstand der SPD an. In der Zeit von 1934 bis 1945 hatte er Rektorenstellen an verschiedenen Volksschulen im Saarland inne. 1933 trat er in die NSDAP und danach noch in weitere Parteiorganisationen ein. Aufgrund dieser Mitgliedschaften wurde ihm nach dem Krieg die Rückkehr in den Schuldienst zunächst verweigert. Im Zuge der „Eupuration“ wurde er von

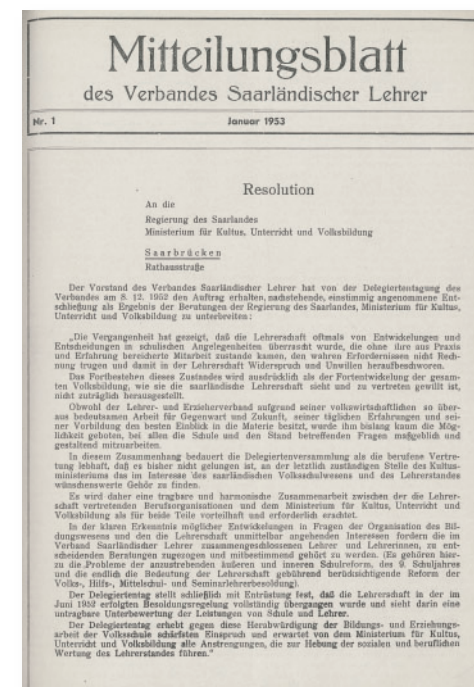
der französischen Administration entlassen – ohne Pensionsansprüche. Aufgrund des Lehrkräftemangels und der weit verbreiteten Kritik am Vorgehen der Behörden bei der Entnazifizierung konnte er 1948 wieder eine Stelle als Lehrer an der Volksschule Herrensohr-Jägersfreude antreten und wurde dort eine Jahr später zum Direktor ernannt.

Otto Früh leitete den Verband Saarländischer Lehrer bis Ende der 50er Jahre. Schwerpunkte seiner Arbeit waren die Gründung von Bezirksgruppen, Mitgliederwerbung und Fragen der Besoldung. Otto Früh war von national-liberalem Denken geprägt, trat früh für Kontakte zur GEW in der Bundesrepublik ein und war auch Mitglied der Delegation, die zur Aufnahme des Verbandes Saarländischer Lehrer in die GEW 1956 nach Bad Harzburg reiste. Im Vorfeld der Volksabstimmung vom 23. 10. 1955 unterzeichnete er den Aufruf zur Ablehnung des Saar-Statuts und zur Rückgliederung des Saarlandes.

Nach der Generalversammlung trat der Verband 1952 erstmals mit einem eigenen Mitteilungsblatt an die vereinsinterne Öffentlichkeit: „Mitteilungsblatt Nr. 1 des Verbandes Saarländischer Lehrer“. Neben einem Bericht über die Generalversammlung des Verbandes finden sich darin auch Informationen zur Gründung, zu Besprechungen mit dem Kultusminister, zum Kassenstand und zur Besoldung von Lehrkräften wieder, die damals so niedrig war, dass zusätzlich ein Wohngeld gezahlt oder Wohnungen zur Verfügung gestellt wurden. Aus dem Blickwinkel gewerkschaftlicher Interessenvertretung ist der Bericht vom Seminardirektor Meister (Ottweiler) interessant, der seine Ausführungen zur Besoldung wie folgt beschließt: „Direktor Meister betont mit Nachdruck, dass die Lehrerschaft einer breiten gegnerischen Front entgegenstehe. Daran aber sei

die Lehrerschaft selbst schuld, weil sie nicht mit offenen Augen in der Zeit stünde und deshalb auch nicht mit Nachdruck ihre Interessen vertreten könne.“

Nach dieser Generalversammlung fand Ende des Jahres eine weitere für die Entwicklung des Verbandes saarländischer Lehrer bedeutsame Versammlung statt: „Der Verband Saarländischer Lehrer trat am 08. Dezember 1952 zum ersten Male mit seiner Hauptversammlung an die Öffentlichkeit. Wenn der Chronist heute zurückschaut, so darf er wohl mit Recht diesen Tag als ein wichtiges Datum in unserer Verbandsgeschichte bezeichnen.“ Neben den Wahlen stand bei dieser Delegiertentagung die Verabschiedung einer Resolution im Mittelpunkt in der die Delegierten

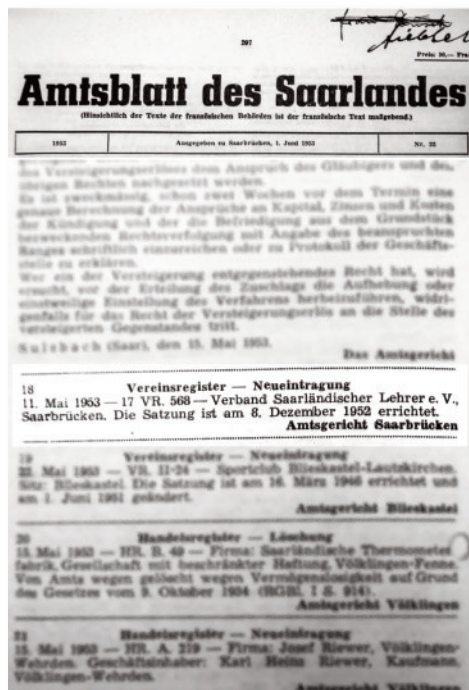


Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

den Kultusminister auffordern bei allen die Schulpolitik und die Lehrerbesoldung betreffenden Fragen in Zukunft den Verband anzuhören, verbunden mit einer harten Kritik an der 1952 verabschiedeten Besoldungsregelung.

Auf diesem Delegiertentag wurde auch die Satzung beraten und verabschiedet. Die Eintragung in das Vereinsregister erfolgte am 11. Mai 1953. Wenn wir 2022 das 70jährige Bestehen der GEW-Saarland feiern, so nehmen wir Bezug auf dieses Datum. Die Saarbrücker Zeitung berichtete in ihrer Ausgabe vom 10. Dezember 1952 mit dem Titel „Soziale Besserstellung des Lehrerstandes gefordert“, Untertitel: „Evangelische Lehrer tagen im Saarland“, von diesem Delegiertentag. Mit dem Titel wird ein Hauptanliegen des Verbandes angesprochen – eine neue und bessere Besoldungsordnung für Lehrkräfte. Der Untertitel wird dem Anliegen des Verbandes Saarländischer Lehrer, Lehrkräfte unabhängig von Konfessionen zu organisieren nicht gerecht. Der Öffentlichkeit wird vermittelt, dass in dem Verband nur die Interessen der evangelischen Lehrkräfte vertreten werden – andere Konfessionen bleiben außen vor. Damit wird exemplarisch deutlich, mit welchen Schwierigkeiten der Verband in seiner Gründungsphase zu tun hatte.

In den folgenden Monaten stand der Aufbau und Ausbau der Organisation im Vordergrund; aber auch Fragen der Besoldung, der Lehrerbildung und der Schulreform wurden erörtert und mit den Schulbehörden besprochen. Durch die Gründung von Bezirksgruppen gelang es dem Verband, den Mitgliedern vor Ort Informations- und Mitwirkungsangebote zu machen, die trotz der zu Beginn noch geringen Mitgliederzahlen rege genutzt wurden. Eine erste organisatorische Untergliederung nach der Schulform erfolgte durch die Zusammenfassung der Lehrkräfte an



Mittelschulen in einer Bezirksgruppe Mittelschulen auf Landesebene.

Die Bezirksgruppen begannen sehr zügig nach ihrer Gründung ihren Beitrag zum Vereinsleben zu leisten. Neben den üblichen Vereinstätigkeiten wie Wahlen, Kassen- und Tätigkeitsberichten boten sie ein Forum für die Diskussion schulpolitischer Themen, entwickelten Angebote zu pädagogischen Themen, boten Studienfahrten an (z. B. nach Rheinland Pfalz) und Ausflüge mehr geselliger Natur, um den Zusammenhalt zu stärken.

Auf Landesebene fand am 4. Juni 1953 ein erstes Sommertreffen statt, zu dem die Mitglieder mit Familien eingeladen waren, und auch für junge Lehrerinnen und Lehrer gab es Angebote wie z. B.

eine 2-tägige Wochenendtagung im September 1953 in Berschweiler, bei der schulpolitische und pädagogische Themen präsentiert und diskutiert wurden.

Die bildungspolitische Zielsetzung des VSL war in ihren wesentlichen Punkten konträr zur damaligen Regierungspolitik:

- Recht der Lehrerschaft zur Mitbestimmung bei personellen und fachlichen Schulangelegenheiten
- Abbau der Konfessionsschulen – für ein simultan strukturiertes Schulwesen
- Akademisierung der Lehrerbildung an der Universität des Saarlandes – keine konfessionelle Lehrerbildung
- eine eigene L-Besoldung für Lehrkräfte.

Mit diesen Positionen – die man rückblickend vor allem in Hinblick auf das Schulwesen und die Lehrerbildung – als für die damalige Zeit als sehr fortschrittlich bezeichnen kann – stand der VSL konträr zur damaligen Regierungslinie, eine auch nur in Richtung dieser Positionen sich bewegendende Regierungspolitik war undenkbar.

Auch mit seiner Forderung nach Errichtung eines Lehrerfortbildungswerkes hatte der VSL schon damals Weitblick bewiesen; bis zur Realisierung sollten allerdings noch einige Jahre vergehen. Differenzen zur Regierungspolitik gab es u. a. auch beim obligatorischen Französischunterricht ab dem 2. Schuljahr, der von der französischen Schulinspektion in Metz beaufsichtigt wurde. Der VSL war wie auch der Verband katholischer Erzieher - nicht gegen den Französischunterricht, er hielt die Einführung erst ab dem 5. Schuljahr für sinnvoll, allerdings ohne Aufsicht durch die franzö-

sischen Inspektoren. Kurzfristige politische Erfolge waren so nicht erzielbar, dennoch wuchs die Mitgliederzahl bis Ende 1953 auf 619, überwiegend Lehrkräfte evangelischer Konfession, an. Die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Regierungspolitik waren sehr gering, was der Verband in einer Entschließung auf seinem Delegiertentag vom 8. Dezember 1955 – nach der Saarabstimmung - bitter beklagte: „Zwischen der alten Regierung des Saarlandes und dem Verband Saarländischer Lehrer ist es nie zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gekommen. Versprechungen und Zusagen wurden selten gegeben. Von den wenigen Zugeständnissen sind die meisten nicht eingehalten worden. Die Lehrerschaft ist mit Recht empört über diese unbillige Behandlung und den oft maßlosen Dirigismus.“

Schon früh hat der Verband – obwohl es untersagt war – Kontakte zur GEW in der Bundesrepublik Deutschland gesucht. In den ersten Ausgaben des Mitteilungsblattes finden sich Mitteilungen der GEW-Rheinland-Pfalz zum Lehrernachwuchs, Leitsätze aus einem Vortrag zu „geistiger Arbeit“, der 1952 auf der Vertreterversammlung der GEW-Hessen gehalten wurde.

Das Mitteilungsblatt entwickelte sich in den Folgejahren zu einem Forum, in dem nicht nur Nachrichten aus dem Verbandsleben veröffentlicht wurden, sondern vielfältige, pädagogische und bildungspolitische Themen in Form von Berichten, Aufsätzen, Stellungnahmen etc. präsentiert wurden; ein großer Teil von Autoren von außerhalb des Saarlandes und überwiegend aus dem Umfeld der GEW bzw. von GEW-Mitgliedern. Dies zeigt, dass der Wunsch und der Bedarf an Information und Austausch mit der GEW in der Bundesrepublik sehr groß war.

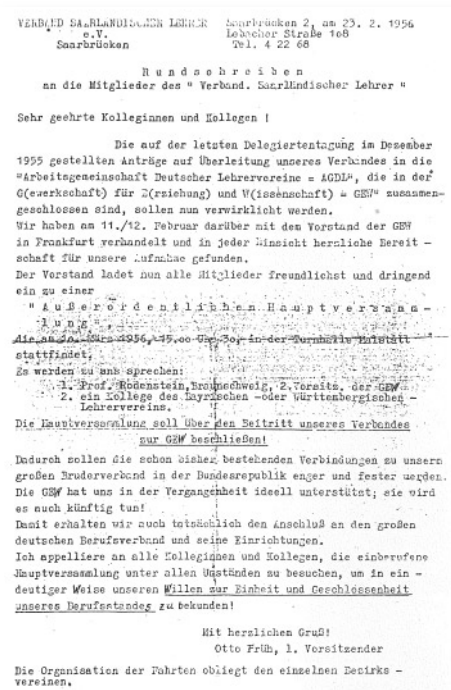


Pfingsten 1953 nahm eine Delegation des Verbandes – nach Genehmigung durch die Regierung – an dem Kongress der Lehrer und Erzieher in Flensburg teil, der von der AGDL (Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände in der die GEW und der Bayrische Lehrerinnen und Lehrerverein zusammenarbeiteten) organisiert worden war. Aus dem Bericht über den Kongress wird deutlich, dass sich die Hoffnungen auf bildungspolitische Initiativen und Leitideen in einer schwierigen Zeit auf die GEW richteten. „Wir hoffen, dass uns die GEW im nächsten Jahr die Leuchttürme errichten wird, die uns einen sicheren Kurs durch die Dunkelheit des Föderalismus, der Restauration und der wirtschaftspolitischen, technischen und soziologischen Wandlung ermöglichen.“

Die saarländische Delegation erfährt auch das Bestreben der GEW, allen Beschäftigten im Bildungswesen, den Hochschullehrern, den Lehrern und den Beschäftigten in Kindergärten eine Plattform zu bieten. Der Weg des Verbandes saarländischer Lehrer in die GEW, mit der der Verband – soweit es die damaligen politischen Verhältnisse zuließen – seit 1952 eng kooperierte, lag nach der Saarabstimmung vom 25. Oktober 1955 zwar nahe; trotzdem wurde im Vorfeld der Entscheidung und während der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 10. März 1956 heftig darüber gestritten.

Die Führung des Verbandes Saarländischer Lehrer hatte schon vorher mit der GEW auf Bundesebene über die Modalitäten eines Beitritts beraten. Der zunächst geäußerte Wunsch, der GEW als Arbeitsgemeinschaft beizutreten, wurde von der Bundes-GEW nicht akzeptiert. Man einigte sich schließlich darauf, dass der VSL ein Landesverband der GEW werden sollte.

Nun war der Verband saarländischer Lehrer



Mitglied im Beamtenbund im Saarland und die GEW im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Der Beitritt zur GEW war also gleichbedeutend mit dem Austritt aus dem Beamtenbund. Dies war für viele kein einfacher Schritt zumal Mitglieder des Vorstandes auch Funktionen im Beamtenbund übernommen hatten; Otto Früh, der Vorsitzende war auch stellvertretender Vorsitzender des Beamtenbundes im Saarland. Er gehörte allerdings zu denjenigen, die vehement für den Beitritt zur GEW eintraten. Auf dieser Mitgliederversammlung wurden auch Befürchtungen geäußert, dass Mitglieder des VSL mit dem Beitritt des Verbandes zu einer Gewerkschaft des DGB den Beamtenstatus verlieren würden.

Trotz allen Vorbehalten und Schwierigkeiten wurde auf dieser Mitgliederversammlung mit

Unterstützung durch Heinrich Rodenstein und Erwin Walz vom Hauptvorstand der GEW der Beitritt zur GEW beschlossen. Dieser wurde dann auf der Vertreterversammlung der GEW vom 24. bis 26. Mai 1956 in Bad Harzburg besiegelt.

Ein Bericht in der saarländischen Schulzeitung vom Januar 1956 dokumentiert diesen für die saarländische GEW bedeutenden Schritt: „Vom 24. bis zum 26. Mai weilten vier Kollegen (Früh, Saarbrücken, Volz, Neunkirchen, Klein, Altenkessel, Ries, Altenkessel) in Bad Harzburg, wo sie als Delegierte unseres Verbandes an der diesjährigen Vertreterversammlung der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und der AGDL (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände) teilgenommen haben.“

Diese Tatsache gewinnt für uns insofern besondere Bedeutung, als es die erste Veranstaltung der GEW und der AGDL gewesen ist, an der Mitglieder unseres Verbandes als ordentliche Vertreter desselben teilgenommen haben. Was am 10. März auf der außerordentlichen Hauptversammlung in Malstatt von den anwesenden Mitgliedern beschlossen worden war, nämlich der Beitritt zur GEW, hat am 26. Mai in Bad Harzburg seine Bestätigung durch die Vertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie durch die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände gefunden: Unser Verband wurde aufgenommen in die Gemeinschaft der deutschen Lehrervereine, die GEW.“ Die Aufnahme in die GEW erfolgte per Akklamation – eine Abstimmung wurde danach nicht mehr durchgeführt.

Der Beitritt zur GEW auf Bundesebene hatte zunächst Verluste zur Folge. Viele Mittelschullehrer traten aus und schlossen sich dem Mittelschullehrerverband an, der später zum Verband der Realschullehrer wurde. Nach dem Beitritt zur GEW gab es für die saarländischen Mitglieder aber auch

unmittelbar positive Auswirkungen: So hatten sie nun Anspruch auf den Rechts- und Haftpflichtschutz der GEW und konnten vom Informationsangebot der GEW auf Bundesebene profitieren. Der Beitritt zur GEW auf Bundesebene erfolgte übrigens einige Monate bevor der Landtag des Saarlandes am 14. Dezember 1956 den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland zum 1. Januar 1957 beschloss.

### Nach dem Beitritt zur GEW

Mit dem Beitritt zur GEW waren eine Anpassung der Organisationsstrukturen und eine Ausweitung der Organisationsbereiche verbunden. Auch war es jetzt einfacher das Etikett des „evangelischen Volksschullehrervereins“ abzustreifen, das zwar vom Anspruch des VSL her nicht gerechtfertigt war, in der Öffentlichkeit und in der politischen Auseinandersetzung doch eine Rolle spielte. Nach Verabschiedung einer neuen Satzung am 8. Dezember 1958 erfolgte die Anpassung der Organisationsstrukturen im wesentlichen bis Mitte der 60er Jahre.



Richard Dietz

Richard Dietz wurde 1958 zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt; ab 1959 übernahm er die Leitung der GEW-Saarland. Schon vorher, von 1953 - 1955, war er Schriftführer, danach leitete er die Rechtsschutzabteilung der GEW. Vom 1960 - 1966

war er Vorsitzender des Landesverbandes. Richard Dietz war ab 1953 Rektor an der Mühlengewannschule in Völklingen, wo er auch in den Ruhestand ging.

Schon 1962 waren auf Landesebene eine Stelle für Rechtsschutz, eine gewerkschaftliche Hauptstelle für Fragen der Besoldung, Versorgung und Beihilfe und eine pädagogische Hauptstelle eingerichtet, ebenso ein Ausschuss für Frauen und ein Ausschuss für Junglehrer. Auf regionaler Ebene hatten sich schon ab Mitte der 50er Jahre 7 Bezirksgruppen etabliert; diese wurden nach einer Satzungsänderung 1976 in Kreisverbände, entsprechend den kommunalen Landkreisen, überführt.

Auch die Bildung von Fachgruppen war bis 1963 weitgehend abgeschlossen. Neben den schulformbezogenen Fachgruppen gab es eine Fachgruppe Schulaufsicht und eine Fachgruppe Hochschule, die sich nach Gründung der pädagogischen Hochschulen 1957, bildete. Die mitgliederstärksten Fachgruppen waren natürlich zu Beginn die Fachgruppen Volksschulen und Mittelschulen (ab 1964 Realschulen), die anderen Fachgruppen, die ja nun auch den Anspruch dokumentierten, Lehrkräfte aller Schulformen zu organisieren, hatten Zuwächse zu verzeichnen. 1964 gab es in der Mitgliederzeitung zum ersten Mal Informationen über die Eingruppierung der Angestellten im Erziehungsdienst, zur Gründung einer Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe kam es erst Mitte der 70er Jahre.

Um die Pressearbeit zu intensivieren wurde 1968 eine Pressestelle gegründet, die in den Jahren danach die schulpolitischen Positionen, die Forderungen zur Lehrerbildung, zur Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst, zur Vorschulerziehung und anderen bildungspolitischen und ge-

werkschaftspolitischen Themen in die Öffentlichkeit transportierte. Der Service für die Mitglieder wurde 1971 mit der Herausgabe einer Gesetzesammlung zum Schulrecht erweitert, die es heute noch als „Handbuch für Lehrerinnen und Lehrer“ gibt.

Die schulpolitischen Positionen des VSL wurden im neu geschaffenen Landesverband Saarland der GEW weiterhin intensiv diskutiert und einige wichtige Forderungen wurden umgesetzt bzw. es wurden Schritte in diese Richtung eingeleitet:

- am 15. September 1958 wurde das Lehrerfortbildungswerk in St. Ingbert eröffnet, mit dem die GEW danach bei Tagungen und Fortbildungen kooperierte,

- die Lehrerbildung für Lehrkräfte an Volksschulen wurde ab 1957 an pädagogischen Hochschulen durchgeführt, aber weiterhin nach Konfessionen getrennt. In der vorbereitenden Anhörung beim Kulturausschuss des Landtages von 1956 plädierte der VSL für ein simultanes Hochschulstudium an der Universität des Saarlandes, während der Verband katholischer Erzieher sich für eine pädagogische Hochschule mit bekenntnismäßigen Charakter einsetzte. Die Lehrerseminare in Lebach, Ottweiler und Blieskastel wurden nach einer Übergangszeit von 5 Jahren geschlossen.

- Das Ende der nach Konfession getrennten Lehrerbildung kam erst im Jahre 1969, nachdem der Landtag am 9. Juli des Jahres den Beschluss gefaßt hatte, der Verfassungsartikel 31 ersatzlos zu streichen. Danach wurde die pädagogische Hochschule des Saarlandes gegründet, die durch Gesetz vom 17. Dezember 1969 den Status einer wissenschaftlichen Hochschule erhielt. Bis zur vollständigen Integration aller Lehrerbildungsgänge in die Universität des Saarlandes sollten allerdings noch Jahrzehnte vergehen.

- Am 17. Juli 1958 trat das Saarländische Personalvertretungsgesetz in Kraft und ermöglichte so erstmals die Wahl von Personalräten an Schulen.

- Im April 1957 wurde ein neues Landesbesoldungsgesetz verabschiedete, das zwar nicht alle Forderungen der GEW erfüllte, aber es gab Verbesserungen bei der Eingruppierung für Lehrkräfte.

- Die Abschaffung der Konfessionsschule war vom erbitterten Widerstand der katholischen Lehrkräfte begleitet. Mit dem Hamburger Abkommen zur Vereinheitlichung des Schulwesens vom 28. Oktober 1964 wurde das Ende der Volksschule eingeleitet und damit auch das Ende der Konfessionsschulen. Am 23. Februar 1965 beschloss der Landtag des Saarlandes eine Verfassungsänderung zur Einrichtung von christlichen Gemeinschaftsschulen im Saarland. Erst 1969 holte der damalige Kultusminister Scherer beim apostolischen Nuntius in Deutschland das Einverständnis der katholischen Kirche zur Errichtung von christlichen Gemeinschaftsschulen ein. Religion wurde ordentliche Unterrichtsfach, die Einrichtung von kirchlichen Privatschulen blieb weiterhin möglich.

Nun wäre es vermessen zu sagen, daß diese und weitere Fortschritte im Bildungswesen allein auf die Arbeit des VSL und der GEW zurückzuführen wären. VSL und GEW haben aber von Beginn an, aus einer Minderheitenposition heraus für Reformen im Bildungsbereich plädiert, Argumentationen erarbeitet, Stellungnahmen verfaßt und in Politik und Öffentlichkeit auch gegen Anfeindungen Position bezogen und um Zustimmung geworben. Diese Arbeit fand auch Anerkennung über die Mitgliedschaft hinaus. Bei der ersten Personalratswahl 1959 erreichten die GEW-Listen eine Zustim-

mung von 30 % – angesichts der Mitgliederzahlen ein großer Erfolg.

Mit diesen ersten Fortschritten konnte und wollte sich die GEW nicht zufrieden geben. Es gab noch viele Punkte auf der bildungspolitischen Reformagenda, die auf ihre Umsetzung harhten, wie z. B. die Ablösung der wenig gegliederten Landschulen durch Zentralschulen, die ein besseres Unterrichtsangebot vorhalten konnten, Einrichtung einer Förderstufe um die Schullaufbahnentscheidung von der sozialen Herkunft abzukoppeln und auch weitere Verbesserungen in der Besoldung bzw. Vergütung von Angestellten im Schuldienst und im Sozial- und Erziehungsdienst, die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung, um nur einige zu nennen.

Die Basis für eine erfolgreiche Arbeit sowohl in gewerkschafts- als auch bildungspolitischen Themen war vorhanden. Aus den kleinen Anfängen mit wenigen Mitgliedern hatte sich bis zu Beginn der 60er Jahre eine Gewerkschaft geformt, die fundiert Einfluß auf die Bildungspolitik im Saarland nehmen konnte, zu einem mit dem Willen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Bildungsbereich, zum anderen mit dem Ziel eine demokratisches, gerechtes Bildungssystem zu schaffen, das Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Bildung und Ausbildung unabhängig von sozialer Herkunft garantieren konnte. ■

### Arbeitsbedingungen

Eine Gewerkschaft, die sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder einsetzt, sollte auch ihre eigenen Arbeitsbedingungen, sowohl der hauptamtlich wie auch der ehrenamtlich Tätigen im Blick haben.

Die GEW-Geschichte unter diesem Blickwinkel betrachtet, bietet erstaunliche Einblicke: Die Funktionäre des Verbandes Saarländischer Lehrer, die alle ehrenamtlich tätig waren, waren für ihre Arbeit auf die privaten Räumlichkeiten angewiesen.

Von Otto Früh wird berichtet, dass auf seinem Schreibtisch zuhause rechts die Materialien für den Unterricht und links die Unterlagen der Gewerkschaft lagen. Immerhin konnte er in der Vorstandssitzung des VSL vom 16. Mai 1952 mitteilen, dass eine Schreibmaschine zum Preis von 35.000.- frs angeschafft worden ist.

Sitzungen des Vorstandes und auch der Bezirksgruppen fanden in der Regel in Gaststätten bzw. deren Nebenräumen statt; das ist eine Situation, die auch heute noch Kreisverbände, Fachgruppen und Ausschüsse der GEW gut kennen.

Als Gerd Kuhn Vorsitzender war (1968 – 1970) befand sich die Geschäftsstelle der GEW in seinem Wohn-Schlafzimmer. Erst im Mai 1975, Adolf Baldauf war damals Vorsitzender der GEW, wurde eine Geschäftsstelle in der Talstrasse in Saarbrücken angemietet; im September 1983 wurden in der Talstrasse etwas größere Räume angemietet, die zumindest eine Möglichkeit für kleine Gruppen boten, auch Sitzungen abzuhalten.

Im April 1992 erfolgte dann der Umzug in die heutige Geschäftsstelle in der Mainzer Strasse in Saarbrücken. Zuerst wurden dort die Räume im Erdgeschoss angemietet, später kamen Räumlichkeiten im hinteren Teil des 1. Obergeschosses dazu. Neben einem Sitzungsraum, der auch für kleinere Veranstaltungen genutzt werden kann, gibt es genügend Büros für die Beschäftigten und auch für die ehrenamtlich Tätigen stehen Büros zur Verfügung. Diese Räume sind heute im Besitz der GEW Service GmbH Saar, deren einzige Gesellschafterin der GEW-Landesverband ist.

Der Weg von der ersten Schreibmaschinen zur gut ausgestatteten Geschäftsstelle war schwierig und lang, er zeugt aber auch von einer kontinuierlichen, erfolgreichen Arbeit und bietet gute nun Voraussetzungen für die kommenden Jahre. ■



Willi Schirra

### Auszug aus "Sellemols"

Hans Rixecker

#### Nachkriegselend beeinflusste den Unterricht

**Eng und kalt.** Auf Befehl der Militärregierung sollte die neue Schule wieder eine konfessionelle sein. Besondere Schwierigkeiten bei Beginn waren Lehrermangel und die Belegung der Schulhäuser durch die Besatzungstruppe. In der Kegelbahn der Wirtschaft Maurer in der Landsweilerstraße versammelten sich am 1. Oktober 75 Kinder vom 1. bis zum 8. Schuljahr, um unter der Leitung des Lehrers Bohn zur einklassigen evangelischen Volksschule von Schiffweiler vereinigt zu werden. Dicht gedrängt sitzen während des Winters 1945/46 diese Schüler auf den uralten Sechser- und Achterbänken in dem langen Raum hintereinander, kaum dass ein Platz für einen Gang nach hinten bleibt. Platz für ein Pult oder eine Tafel ist nicht mehr vorhanden. Bei dringendem Bedarf wird die Tafel auf die vorderste Bank gestellt. Der ewig qualmende Ofen im Vorderteil des Raumes reicht zum Durchheizen des gesamten Saales nicht aus. In Mänteln, Mützen und Handschuhe gehüllt versuchen die Schüler dem Unterricht zu folgen, während sich ihr Atem als Reif an den Eisenbeschlägen von Türen und Fenstern niederschlägt. Es fehlt einfach an allem: Keine Bücher, keine Hefte und Tafeln, es mangelt an Bleistiften, Griffeln und Kreide. Landkarten und Anschauungsbilder sind nicht vorhanden. So kann der Unterricht über die Stufe der einfachsten Improvisation nicht hinaus gelangen.

Endlich kann ab dem 1. April 1946 nach Abzug der Besatzungstruppe der angestammte Saal im Wilhelmschulhaus wieder belegt werden. Hier ist es hell und geräumig und es lässt sich einigermaßen vernünftig unterrichten.

**Kohlemangel – Wechselunterricht:** Man sollte meinen, dass wir, die wir auf der Kohle sitzen, wenigstens daran keinen Mangel hätten. Doch alle Welt reißt sich um die Kohle, so wird die deutsche Kohle zu einem wichtigen Reparationsfaktor. Besonders knapp ist die Zuteilung an Koks, eigentlich gleich Null. So kann das große Mädchenschulhaus mit seiner Zentralheizung während des Winters nicht mehr benutzt werden und die Klassen müssen auf die restlichen Schulhäuser verteilt werden. Dies bedingt Wechselunterricht am Vor- und am Nachmittag mit starker Stundenreduzierung.

**Die Schule wird zweiklassig:** Obwohl inzwischen etliche der obdachlosen Familien aus den ehemals geräumten Gebieten und den durch den Luftkrieg zerstörten Städten wieder zurückgewandert sind, liegt der Schülerstand zu Beginn des Schuljahres 1947/48 immer noch über 70 Schülern. Ende des vergangenen Schuljahres hatte der zuständige Schulrat mir mitgeteilt, dass die Klasse geteilt werden solle. Nach einer Besichtigung wurde der leer stehende Nachbarsaal als Raum für die zweite Klasse vorgesehen. Um so überraschter musste ich zu Beginn des neuen Schuljahres feststellen, dass zwar eine zweite Lehrkraft an unsere Schule versetzt, der vorgesehene Saal aber mit einer Klasse der katholischen Schule belegt war. Da mit der katholischen Schulleiterin und der Gemeinde keine Einigung zu erzielen war, mussten nun die beiden Klassen während des Winterhalbjahres in einem Raum wechselseitig vor- und nachmittags unterrichtet werden. ■



## Jahrestagung

des Verbandes Saarländischer Lehrer

am Montag, 8. Dezember 1952 im Johannishof zu Saarbrücken.

### Tagesordnung:

I. Tagung der Delegierten ab 9 Uhr im roten Saal des Johannishofes:

1. Tätigkeitsbericht des 1. Vorsitzenden
2. Geschäftsbericht
3. Kassenbericht
4. Bericht der Kassenprüfer
5. Entlastung des bisherigen Vorstandes
6. Neuwahl des Vorstandes
7. Beratung und Beschlussfassung der Statuten
8. Behandlung von Anträgen aus der Delegiertenversammlung  
(Anträge müssen bis spätestens 5. Dezember an den Schriftführer eingereicht werden)
9. Verschiedenes  
Gemeinsames Mittagessen aller auswärtigen Delegierten im Johannishofrestaurant.

II. Wissenschaftlicher Teil um 15<sup>30</sup> im grossen Saal des Johannishofes.

1. Es spricht Prof. Dr. Limper über:  
«Bildungs- und Erziehungsfragen der Gegenwart, besonders der Volksschulen.»

Zu dem Vortrag sind alle Kolleginnen und Kollegen herzlich eingeladen. Wir treten an diesem Tage erstmalig an die Öffentlichkeit in der Erwartung, dass der Verband sich vollzählig an der Tagung beteiligt.

Der Besuch der Vormittagstagung ist jedem Mitglied freigegeben; stimmberechtigt sind jedoch nur die nominierten Delegierten.

## Mitteilungsblatt

des Verbandes Saarländischer Lehrer

Nr. 5

Mai 1953

### Unser erstes Sommertreffen

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unser Verbandstreffen im Dezember vergangenen Jahres war den Berufsfragen, dem organisatorischen Aufbau und der Schulreform gewidmet. Die Tagung war erhebend und hat Kraft und Zuversicht zu neuem Tun gespendet. Wir sind uns dabei als Kollegen näher gekommen, aber als Menschen so recht noch nicht; engere und freundschaftliche Bande und Beziehungen konnten nicht angeknüpft werden. Es ist aber unser herzliches Anliegen, gerade hier die ersten und dauerhaften Fäden zu knüpfen. Darum hat der Vorstand des Verbandes ein

Ostertal, Ankunft daselbst gegen 11 Uhr 30.

Bezirke, die aus triftigen Gründen eine Fahrt ins Ostertal glauben ablehnen zu müssen, werden gebeten, sich doch zeitig in Dirmingen einzufinden.

2. 13 Uhr Abfahrt aller Wagen über St. Wendel nach Dirmingen.

3. 15 bis 17 Uhr gemeinsames Mittagessen in Dirmingen  
(2 Essen nach Wahl: Suppe, Rollbraten, Kartoffeln und Salat = ca. 250.- ffrs. oder Restaurationsbrot zum gleichen Preis).

4. Nach dem Essen Besichtigung einer Brauerei oder einer Fleischwarenfabrik.

5. Ab 18 Uhr geselliges Zusammensein.

(Der Verkehrsverein Dirmingen tätigt alle Vorbereitungen in Gemeinschaft mit dem Musik- und Gesangsverein; dazu sind unsere „Unterhaltungskünstler“ - und wir haben ja tüchtige Kanonen unter uns! - herzlich gebeten, den reichen Quell ihres Humors in Strömen fließen zu lassen. Unsern „Rhythmikern“ sei auch ein Tänzchen zugesichert.



**Sommertreffen** beschlossen, zu dem auch die Frauen der Kollegen herzlich eingeladen sind.

Dieses Treffen soll am 4. Juni stattfinden. An diesem Tage sollen alle Sorgen und Nöte schweigen, unsere Familien sollen sich kennenlernen und den ersten Schritt zur großen Standesfamilie tun und erstmalig Tuchfühlung nehmen.

Über dem Jagen nach den Mitteln des Lebens laufen wir Gefahr, das Leben selbst zu verlieren. Ich weiß, daß das bloße Nebeneinanderleben von vielen Kollegen als Mangel empfunden wird und daß der Wunsch besteht, sich auch in ungezwungener Fröhlichkeit und trohem Beisammensein einander näher zu treten:

Unser Programm für den 4. Juni sieht vor:

1. Sternfahrt aller Bezirke (Omnibusse!) nach Oberkirchen im

So ergeht nun meine Bitte an Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sich zum Sommertreffen zu rüsten und auch geschlossen anzumelden. Zögern Sie nicht mit der Zustimmung (zögern heißt zu vergessen anfangen), schieben Sie die Anmeldung der Teilnahme beim Bezirksvorstand nicht hinaus (aufgeschoben ist fast immer aufgehoben), damit alle Vorbereitungen zum guten Gelingen rechtzeitig und gründlich getroffen werden können.

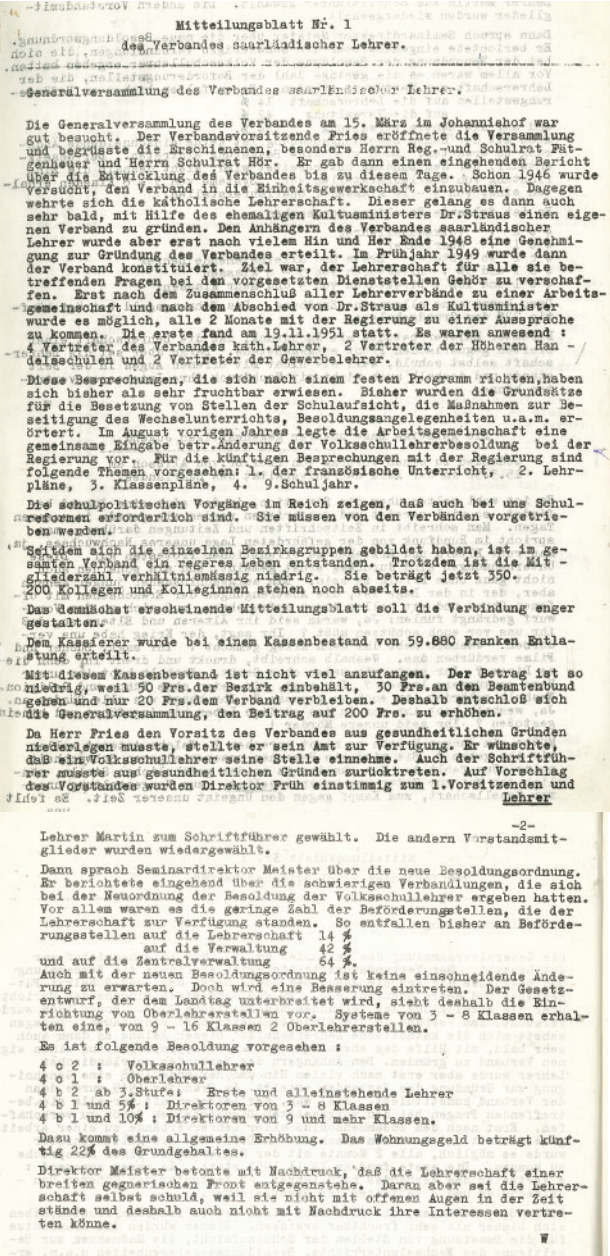
Die Bezirksvorsitzenden bitte ich, bis zum 15. Mai die Teilnehmerzahl und die gewünschten Essen unsern Kollegen Walter Martin, Quierschied, Beethovenstraße 11, melden zu wollen.

Mit herzlichem Gruß und in stiller Vorfreude auf unser Sommertreffen

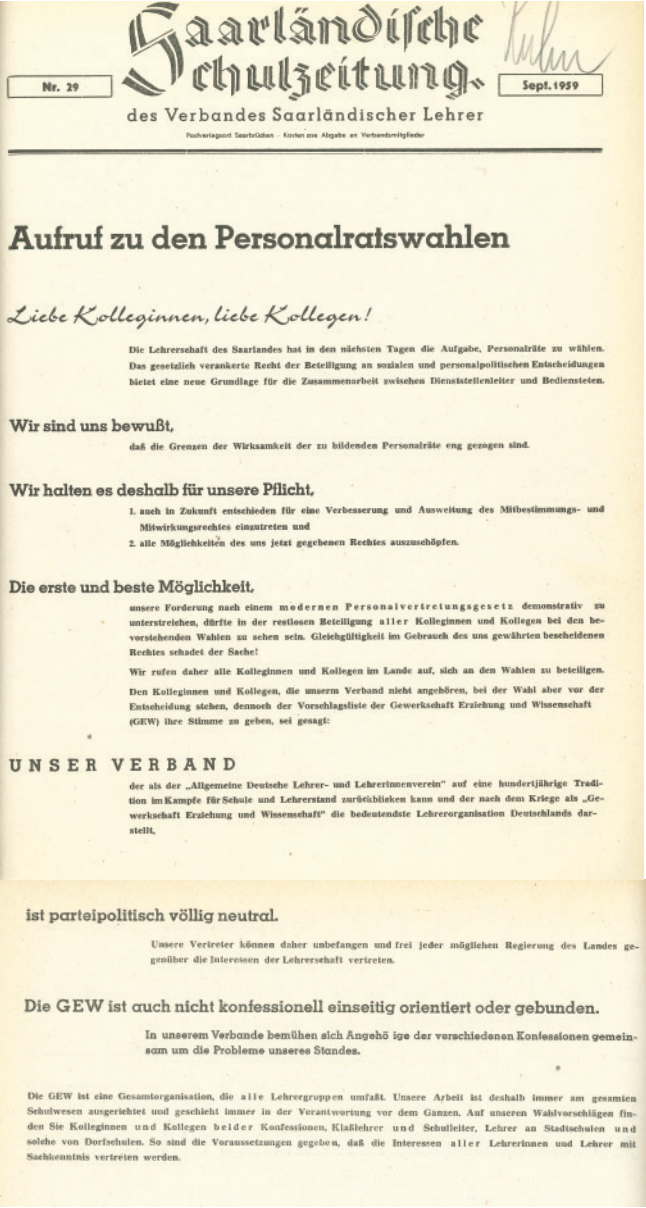
Otto Frick



Die erste Ausgabe des Mitteilungsblattes des VSL



Der erste Aufruf zu den Personalratswahlen 1959





Auch Zeitschriftentitel können Geschichte dokumentieren



Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft

Saarland



**In Krisenzeiten brauchst du  
eine starke Gewerkschaft.**

**Gemeinsam sind wir stark!**



**Werde Mitglied!**

Mainzer Str. 84 | 66121 Saarbrücken | Tel.: 0681/66830-0 | Fax: 0681/66830-17  
E-Mail: [info@gew-saarland.de](mailto:info@gew-saarland.de) | [www.gew.saarland](http://www.gew.saarland)

